

Allgemeine Information nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Vorbemerkung:

Nahezu alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen im Gebiet der Verbandsgemeinde treten mit der Verbandsgemeindeverwaltung früher oder später in Kontakt, z.B. in den Bereichen Pass- und Meldewesen, Standesamt, kommunale Steuern, Bauangelegenheiten oder Wahlen. Die Aufzählung ist natürlich nicht abschließend; einen umfassenderen Überblick über unsere Dienstleistungen erhalten Sie auf unserer Internetseite unter

https://www.langenlonsheim.de/vg_langenlonsheim/B%C3%BCrgerservice/Leistungen%20A-Z/

In den meisten Fällen der Kontaktaufnahme müssen personenbezogene Daten verarbeitet werden.

Personenbezogene Daten sind solche, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürlichen Person beziehen. Von einer Datenverarbeitung spricht man, wenn es z.B. um die Datenerhebung, -speicherung, -verwendung, -übermittlung und -bereitstellung aber auch um die Datenlöschung geht.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach dem Verhältnis in dem Sie zu uns stehen. Folgende Informationen sind als generelle Informationen darüber anzusehen, welche personenbezogene Daten wir erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können. Besondere Hinweise bzw. Informationen finden Sie unter https://www.langenlonsheim.de/vg_langenlonsheim/Rathaus/.

Diese allgemeinen sowie die besonderen Informationen werden, soweit erforderlich, aktualisiert und auf unserer Homepage veröffentlicht. Bitte beachten Sie, dass es sich bei diesen Informationen um keine vollständige Aufstellung aller unserer Verarbeitungstätigkeiten und Informationspflichten handelt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Verbandsgemeinde Langenlonsheim
vertreten durch Herrn Bürgermeister Michael Cyfka
Naheweinstraße 80
55450 Langenlonsheim
Tel. 06704/929-0
E-Mail: rathaus@vglangenlonsheim.rlp.de

2. Behördliche Datenschutzbeauftragte

Datenschutzbeauftragte
für die Verbandsgemeinde Langenlonsheim
Frau Adelheid Jost
Naheweinstraße 80
55450 Langenlonsheim
Tel. 06704/929-35
E-Mail: datenschutz@vglangenlonsheim.rlp.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der DS-GVO, dem Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz sowie weiteren einschlägigen gesetzlichen Vorschriften.

Ihre Daten erhalten wir in erster Linie direkt von Ihnen oder sie werden aufgrund gesetzlicher Vorschriften erhoben. Die Datenerhebung ist notwendig, um z.B.

- Ihre Anfragen oder Anträge bearbeiten zu können,
- unseren gesetzlich übertragenen Aufgaben nachkommen zu können,
- einen Vertrag mit Ihnen abschließen oder einen solchen erfüllen zu können,
- dem öffentlichen Interesse gerecht werden zu können.

Die datenschutzrechtlichen Grundlagen, um für die vorgenannten Zwecke personenbezogene Daten verarbeiten zu können, sind

- Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DS-GVO: Ihre Einwilligung
Soweit eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten erteilt wurde, werden Ihre Daten nur für den Zweck der Einwilligung verarbeitet. Ihre Einwilligung können Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.
- Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) DS-GVO: die Erfüllung eines Vertrages
Soweit Ihre personenbezogenen Daten für den Abschluss eines Vertrages oder dessen Durchführung verarbeitet werden, werden Ihre Daten auch nur für den Zweck der Vertragsanbahnung bzw. -abwicklung verarbeitet.
- Art. 6 Abs. 1 Buchst. e), Abs. 3 DS-GVO, § 3 LDSG: die Erfüllung einer öffentlichen Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegt
Ihre personenbezogenen Daten werden dabei in dem Verfahren verarbeitet, für das sie erhoben wurden. Nur in den gesetzlich ausdrücklich zugelassenen Fällen dürfen wir die zur Durchführung eines Verfahrens erhobenen personenbezogenen Daten auch für andere Zwecke verarbeiten.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten, sog. sensible Daten, erheben wir auf Grundlage des Art. 9 DS-GVO nur dann, wenn dies für das jeweilige Verwaltungsverfahren erforderlich ist. So benötigen wir z.B. Angaben über die Religionszugehörigkeit, um die Kirchensteuer auf Ihren Grundbesitz im Rahmen der Grundsteuerveranlagung erheben zu können.

Darüber hinaus erheben wir Ihre personenbezogenen Daten bei Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet sind.

Den konkreten Zweck und die Rechtsgrundlage nennt Ihnen gerne unser/e für Ihr Anliegen zuständige/r Mitarbeiter/in.

Hinweis zum Widerruf von Einwilligungen:

Haben Sie der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zugestimmt, können Sie diese Einwilligung bei Bedarf jederzeit widerrufen. Dies gilt jedoch nur für die Zukunft. Die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt also rechtmäßig. Von diesen Fällen abgesehen beruht die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Verbandsgemeinde Langenlonsheim bzw. der Ortsgemeinden aber nicht auf einer Einwilligung, sondern auf gesetzlichen Regelungen, kann also auch gegen den Willen der Betroffenen geschehen. Ein Widerruf der Einwilligung ist daher nur möglich und von Bedeutung, wenn Sie zuvor – z. B. in einem Brief, mündlich oder in einem Formular – um Ihre Einwilligung gebeten worden sind.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Die Weitergabe kann erfolgen an:

- Andere Behörden und öffentliche Stellen, insbesondere Finanzbehörden, Sozialbehörden aufgrund rechtlicher Verpflichtung.
- Eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO) insbesondere im Bereich IT-Dienstleistungen, Logistik- und Druckdienstleistungen, die Ihre Daten weisungsgebunden für uns verarbeiten
- Weitere Dritte, für die Sie uns Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben oder an die wir aufgrund einer gesetzlichen, vertraglichen oder behördlichen Verpflichtung Daten übermitteln.

5. Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland

Eine Übermittlung in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), sog. Drittländer, erfolgt nur, soweit dies zur Ausführung des gesetzlichen Verwaltungshandelns erforderlich ist.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten nur für die Dauer der Bearbeitung. Es gelten unterschiedliche Löschfristen.

Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus der Abgabenordnung (AO), SGB I und X usw. ergeben.

Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist löschen bzw. vernichten wir Ihre Daten.

7. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- Recht auf **Einschränkung** der Verarbeitung, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht; das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz
Tel. 06131/208-2449
Fax 06131/208-2497
poststelle@datenschutz.rlp.de